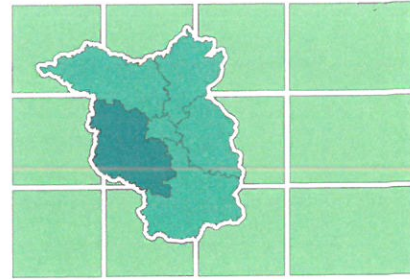


Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

- Der Vorsitzende -



STEINBRECHER u. PARTNER
Ingenieurgesellschaft mbH
Vor dem Mühlentor 1
14712 Rathenow

STEINBRECHER u. PARTNER Ingenieurgesellschaft mbH	
Eingang	Projekt
Nr.	Seite
Datum: 04. Juli 2022	
Kopie:	
Ablage:	

Zusätzlich per E-Mail: bauleitplanung@ispnet.de

Bearbeiter:	Tel. E-Mail:	Az.:	Teltow, den
Herr Dr. Besendörfer	-13 christian.besendoerfer@havelland-flaeming.de	6ri_9529_xh	01.06.2022

Planung: Bebauungsplan „Solarpark Köpernitz Süd-West“, Stadt Ziesar / OT Köpernitz

Hier: Beteiligung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming als Träger öffentlicher Belange im Rahmen einer frühzeitigen Beteiligung gem. § 4, Abs. 1 BauGB i.V.m. § 8, Abs. 3 BauGB

Bezug: Ihr Schreiben vom 20.05.2022 mit der Bitte um Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Beteiligung am o. g. Planverfahren und nehme wie folgt Stellung:

1. Formale Hinweise

Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) vom 08. Februar 2012 (GVBl. I Nr. 13), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2021 (GVBl. I Nr. 19), Trägerin der Regionalplanung in der Region Havelland-Fläming. Ihr obliegt die Aufstellung, Fortschreibung, Änderung und Ergänzung des Regionalplans als übergeordnete und zusammenfassende Landesplanung im Gebiet der Region.

Der Regionalplan Havelland-Fläming 2020 ist auf Grund der Urteile des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 05. Juli 2018 unwirksam geworden.

Auf Grund des § 2c Absatz 1 Satz 1 des RegBkPIG hat die Regionalversammlung Havelland-Fläming am 27. Juni 2019 die Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss und das Planungskonzept zur Steuerung der Windenergienutzung wurden im Amtsblatt für Brandenburg Nummer 28 vom 24. Juli 2019 bekannt gemacht.

In der 6. öffentlichen Sitzung der Regionalversammlung am 18. November 2021 wurde der Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 05. Oktober 2021 bestehend aus textlichen Festlegungen, Festlegungskarte und Begründung gebilligt. Die Regionalversammlung hat zudem

• Körperschaft des öffentlichen Rechts •
Oderstraße 65, 14513 Teltow
Tel.: (03328) 3354-0, Fax: (03328) 3354-20,
E-Mail: info@havelland-flaeming.de, Internet: www.havelland-flaeming.de

Verkehrsverbindung: - Potsdam Hauptbahnhof: Bus X1 oder 601 bis Teltow, Haltestelle Teltow/Feuerwehr – alle 20 min.
- Berlin S-Bahn 25 nach S Teltow/Stadt, dann Bus X1 oder 601 bis Haltestelle Teltow/Feuerwehr – alle 10 min.

beschlossen, für den Entwurf des Regionalplans das Beteiligungsverfahren sowie die öffentliche Auslegung der Unterlagen nach § 9 Absatz 2 ROG in Verbindung mit § 2 Absatz 3 RegBkPIG durchzuführen. Diese Verfahren wurden mit der Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme bis zum 09. Juni 2022 und sich anschließender Auswertung eingeleitet. In Aufstellung befindliche Ziele und Grundsätze der Regionalplanung sind nach § 4 Abs. 1 ROG als sonstige Erfordernisse der Raumordnung in Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.

Die Satzung über den Sachlichen Teilregionalplan Havelland-Fläming „Grundfunktionale Schwerpunkte“ wurde mit Bescheid vom 23. November 2020 von der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg genehmigt. Mit der Bekanntmachung der Genehmigung im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 51 vom 23. Dezember 2020 trat der sachliche Teilregionalplan in Kraft.

2. Regionalplanerische Belange

Im Rahmen der o.g. Bauleitplanung sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Photovoltaikanlagen („Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung: SO „Photovoltaikanlagen“) geschaffen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich gemäß der Festlegungskarte des o.g. Regionalplanentwurfs das Plangebiet im nördlichen und geringfügig im westlichen Bereich mit dem landesplanerischen Freiraumverbund nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) überschneidet. Der landesplanerische Freiraumverbund nach Ziel 6.2 des LEP HR wird in der Festlegungskarte des Regionalplans maßstabsgerecht räumlich konkretisiert dargestellt. Der Freiraumverbund ist nach Ziel 6.2 ein Raumordnungsgebiet, das die funktional hochwertigen Teile des im gesamten Planungsraum vorhandenen Freiraums umfasst und untereinander vernetzt. Gem. Ziel 6.2 LEP HR ist der Freiraumverbund räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden, sind ausgeschlossen, sofern sie die Funktion des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen.

Ein möglicher Widerspruch zum Ziel 6.2 des LEP HR ist durch die Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg (GL) zu prüfen.

Darüber hinaus liegen gem. der Festlegungskarte des o.g. Regionalplanentwurfs im östlichen Bereich des Plangebietes teilweise Überschneidungen mit einem „Vorranggebiet für die Landwirtschaft“ vor. Gemäß § 4 Abs. 1 Raumordnungsgesetz (ROG) ist diese Festlegung als sonstiges Erfordernis der Raumordnung in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.

Gemäß § 7 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) handelt es sich bei Vorranggebieten um Gebiete, die für bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen sind und andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzung nicht vereinbar sind.

Gem. Ziel 2.1 Absatz 1 des o.g. Regionalplanentwurfs hat in den Vorranggebieten für Landwirtschaft die landwirtschaftliche Bodennutzung im Sinne der guten fachlichen Praxis (§ 17 Bundesbodenschutzgesetz) Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen.

Die Funktionen Landwirtschaft und PV-Anlagen schließen sich unter bestimmten Bedingungen nicht grundsätzlich aus. So können spezifische Anlagenkonstruktionen weiterhin landwirtschaftliche Nutzungen ermöglichen.

Gem. Ziel 2.1 Absatz 2 des o.g. Regionalplanentwurfs sind Ausnahmen von Absatz 1 möglich, wenn das Vorhaben die landwirtschaftliche Bodennutzung und die Energiegewinnung mittels einer Solaranlage auf derselben Landfläche kombiniert (sogenannte Agri-Photovoltaik). Unter einer

Aufständigung der Solarmodule von mindestens 2,10 Meter Höhe oder zwischen bodennahen Modulen muss landwirtschaftliche Bewirtschaftung möglich sein. Der landwirtschaftliche Flächenverlust durch die Solaranlage darf nicht mehr als 10% für hoch aufgeständerte bzw. 15 % für bodennahe Solarmodule betragen.

Die in Aufstellung befindlichen Ziele der Regionalplanung sind gem. § 4 Abs. 1 Raumordnungsgesetz (ROG) als sonstige Erfordernisse der Raumordnung in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

beglaubigt: 

i.V. Mike Schubert

